DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 139

Erfahrungen aus der Arbeit als Ombudsperson zur Situation der innerparteilichen Demokratie

Beschluss des Landesvorstands vom 13. November 2020

Information:	Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen nimmt die Erfahrungen aus der Arbeit als Ombudsperson zur Kenntnis.
Anlagen:	-
politische Botschaft:	-
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

F.d.R

Dresden, 13.11.2020

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin

Bemerkungen:

Die folgenden Anforderungen sind in der praktischen Arbeit angefallen:

- Ansprechpartner*in für Genoss*innen sein:
    - Besonders in den Räumen, in denen durch räumliche Gegebenheiten nur eine begrenzte persönliche Kommunikation mit anderen Genoss*innen möglich ist, tritt die Empfindung des „Allein gelassen sein“ auf. Das ist kein neues Problem, was sich durch Corona noch verschärft. Die sozialen Medien schaffen etwas Abhilfe, können aber das persönliche Gespräch nicht ersetzen. Oftmals fehlen auch die Voraussetzungen zur Nutzung der sozialen Medien. Genoss*innen, die sich in dieser Situation befinden, sind oft ohne Unterstützung durch die Partei den populistischen und rassistischen Meinungen ausgesetzt. Wir brauchen hier kleinteilige Gesprächsangebote (siehe Peter Porsch: „Dorfbrunnengespräche“ oder Uwe Hirschfeld: „Politischen Lernen im Alltag“). Diese Methoden der Meinungsbildung sind aber nicht nur auf die Räume beschränkt, in denen die Genoss*innen große räumliche Entfernungen haben.

- Konfliktlinien erkennen und zur gemeinsamen Lösung beitragen:

  Folgende Konfliktlinien sind zu erkennen:

  Konflikt zwischen „Straße“ und Parlament – es gibt viele aktive Genoss*innen, die sich in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus engagieren. Dieses Engagement ist eine wichtige Säule der Parteiarbeit, aber diesen Genoss*innen fehlt die Zeit und die Kraft, sich an Parteiveranstaltungen und innerparteilichen Debatten zu beteiligen. Damit wird ihnen aber auch die Möglichkeit der Teilnahme an innerparteilichen Entscheidungsprozessen erschwert. Sie sind auch in der Partei oftmals wenig bekannt und haben deshalb keine guten Chancen bei Wahlen von Mandatsträger*innen oder für Parteiämter. Die Partei muss Wege finden, auf diese Genoss*innen zuzugehen, um die Verbindung von Straße und Parlament enger zu gestalten.

  Konflikt zwischen erfahrenen und neuen Genoss*innen – Die Partei ist überaltert und wir brauchen neue und jüngere Genoss*innen. In den Gebieten, wo wir Menschen für die Partei gewinnen konnten, fehlt es oft an Möglichkeiten, diese Menschen an der Parteiarbeit entsprechend deren Vorstellungen und Stärken zu beteiligen. Das wurde auch bei den Regionalkonferenzen wieder deutlich. Dort, wo sich neue und meist auch jüngere Menschen in die Partei einbringen, stoßen sie auf Skepsis und manchmal auch Ablehnung. Hier ist die offene und vorurteilsfreie Kommunikation zwischen diesen Gruppen eine Lösung. Die Partei muss diese Kommunikation organisieren.

  Konflikt zwischen Zusammenarbeit und Abgrenzung – In Parlamenten kommt es in manchen Fällen zu einer Unterstützung von Parlamentariern von AfD oder NPD. Das widerspricht der grundsätzlichen politischen Haltung der Partei. Hier kann auch kein Kompromiss helfen. Genoss*innen, die sich in vielen Initiativen gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus stellen, können solches parlamentarischen Verhalten nicht akzeptieren. Da die Partei sehr stark durch ihre parlamentarische Arbeit in der Öffentlichkeit wahrgenommen, ziehen sich einige der aktiven Genoss*innen von der Partei zurück und treten sogar aus. Die politische Verantwortung der Genoss*innen in den Parlamenten ist sehr groß und die Partei muss ihrer politischen Führung an dieser Stelle stärker gerecht werden, wenn wir die aktiven Genoss*innen in der Partei behalten wollen. Ansonsten werden wir eine reine Wahlkampfpartei und die innerparteiliche Demokratie wird eingeschränkt.

  Konflikt zwischen Erwartungen und Realität – Es gibt aktive Genoss*innen in der Partei, die sich von der Partei zurückgesetzt oder ausgegrenzt fühlen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die gefühlte Ausgrenzung auch tatsächlich so ist. Jeder Mensch, der sich in die Partei einbringt, erwartet die Anerkennung seiner Arbeit durch die Partei. Für manche unserer Genoss*innen ist die Anerkennung auch mit der konkreten Erwartung eines Mandats oder Parteiamtes

verbunden. Diese Erwartungen sind nichts Falsches oder Verwerfliches, aber wenn diese nicht in Erfüllung gehen, entstehen Verletzungen, die oft die Ursache sind, sich aus der Parteiarbeit zurückzuziehen. Diesem Effekt muss die Partei durch eine transparente Personalpolitik und vor Allem durch eine durchdachte Personalentwicklung entgegensteuern.

- Kommunikationsknoten für Genoss*innen sein, die keine direkte persönliche Kommunikation mit der anderen Genoss*innen wünschen.

  Es gibt Genoss*innen, die nicht oder nicht mehr miteinander kommunizieren oder zusammenarbeiten können oder wollen. Hier kann die Ombudsperson Kommunikationspartner*in für die betroffenen Genos*innen sein. Wenn die Abneigungen weit in die Vergangenheit reichen, dann sind diese nicht mehr durch Gespräche zu klären. Hier kann eine Zusammenarbeit aber neu entstehen, wenn es gemeinsame Projekte gibt. Insgesamt muss die Parteiarbeit so gestaltet werden, dass die Reibungsflächen zwischen diesen Genoss*innen möglichst klein gehalten werden. Wenn sich solche persönlichen Konflikte aktuell anbahnen, ist auf für zeitnahe Klärung durch neutrale Personen zu sorgen. Es ist eine Aufgabe der Partei, solche neutralen Ansprechpersonen in den Kreisen und Ortschaften zu finden. Das könnten z.B.: Schlichtungsstellen in den Kreisen oder Ortsverbänden sein.